

**16. Landtag von Baden-Württemberg, 129. Sitzung**

**Donnerstag, 15. Oktober 2020, 9.30 Uhr**

## **Rede**

Fraktionsvorsitzender

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL

### **Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Corona-Epidemie**

Es gilt das gesprochene Wort.

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Zahlen und die eben dargelegte Regierungsinformation des Ministerpräsidenten zeigen: Corona bleibt eine Geduldsprobe. Es bleibt auch, wie von der Kanzlerin gesagt, eine Zumutung in unserem Alltag, und zwar für unser Miteinander, auch für unsere Freiheiten, und damit bleibt es eine Gefahr für uns alle.

Wir haben die Zahlen heute Morgen gehört. Der neue Höchststand: In der „Tagesschau“ wurde die Zahl 6 638 für Deutschland bekannt gegeben. 850 sind es mittlerweile in Baden-Württemberg. Damit stehen wir nicht vor einer zweiten Welle und auch nicht vor einer exponentiellen Entwicklung, sondern wir haben sie bereits.

Deshalb muss es darum gehen – das haben wir immer gewusst –: Wir müssen und werden den langen Kampf gegen das Virus im Herbst und Winter unter erschwerten Bedingungen weiterführen. Das hat uns auch Professor Kräusslich von der Uni Heidelberg, der ja die Universität berät, vorausgesagt. Das tritt jetzt ein.

Ich möchte an dieser Stelle zunächst auch einen Dank sagen, nämlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen. Ihrem Einsatz ist es zu verdanken, dass in den letzten Monaten besonders vulnerable Gruppen in Krankenhäusern, in Pflegeheimen, in Senioreneinrichtungen gut vor den Ansteckungen geschützt worden sind. Deshalb Dank an all diese Aktiven, die hier tätig waren.

Wir haben jetzt steigende Infektionszahlen, und wir sehen auch mit jedem Blick zu unseren Nachbarn und Freunden in Frankreich, dass es dort am vergangenen Montag an einem einzelnen Tag laut der Hopkins-Universität fast 44 000 Neuinfektionen gegeben hat. Allein seit dem Monatsanfang hat Frankreich rund 1 000 Todesfälle zu beklagen. Deutschland und Baden-Württemberg sind zwar bisher in der Tat viel besser als andere Länder der Welt durch diese Krise gekommen, aber jetzt rollt die Welle, wie der Ministerpräsident eingangs gesagt hat, durch ganz Europa und macht damit auch vor Baden-Württemberg nicht halt.

Das, was in Frankreich und überall in Europa im Moment passiert, ist deshalb auch bei uns nicht mehr ausgeschlossen. Das Virus mit seiner dynamischen Verbreitung bleibt hochgefährlich. Praktiker des Gesundheitswesens sagen: Die Lage ist ernster, als viele sie wahrnehmen.

Wir haben eben die Situation beschrieben bekommen. Bundesweit ist die Zahl der täglichen Infektionen ja enorm angewachsen. Insoweit wandert – das wurde zu Recht betont – diese Infektionskette durch alle Altersgruppen. Sechs Landkreise haben mit über 50 den Alarmwert überschritten, und neun liegen über 35. Von 44 Stadt- und Landkreisen hier im Land wohl gemerkt!

Natürlich haben wir für unsere Entscheidungen nicht allein auf die plakative Zahl zu schauen. Denn das Geschehen ist viel komplexer. Aber die Infektionszahl ist die Mutter aller Zahlen. So hat es ja kürzlich auch der bayerische Ministerpräsident hier bei uns im Fraktionssitzungssaal bei der Klausurtagung ausgedrückt.

Aus stark steigenden Infektionszahlen werden nach weiteren Tagen nämlich auch schwere Krankheitsverläufe erwartet, und wenn wir erst dann aktiv werden, wenn die Patienten wieder in großer Zahl auf den Intensivstationen ankommen, dann ist es zu spät. Das hat der Regierungschef zu Recht betont.

Seit Anfang September steigt auch der Anteil der Älteren an den Infizierten wieder an, und deshalb – Herr Kollege Schwarz, das wurde zu Recht gesagt – ist jetzt auch die Solidarität aller Generationen gefordert und notwendig. Im Moment werden in Deutschland 600 Personen intensivmedizinisch behandelt. Das ist eine steigende Zahl. In der vergangenen Woche waren es noch knapp über 300.

Dieser Anstieg ist mitnichten ein statistisches Phänomen; er betrifft wirkliche Schicksale, echte Menschen und vor allem die Gesundheit von allen Menschen. Das müssen wir bedenken. Noch ist das Infektionsgeschehen, so die Experten, beherrschbar. Wir haben auch in den Krankenhäusern noch Reserven, wie wir wissen. Wir haben seit dem Frühjahr viel getan und viel gelernt, um dem Virus besser gewappnet begegnen zu können.

Aber aus der relativen Leichtigkeit des Sommers darf jetzt nicht Leichtsinn werden. Das Virus darf unserem Zugriff deshalb nicht entkommen. Ob es gelingt, die Kontrolle zu behalten, entscheidet sich in der Tat in diesen Tagen.

Wir brauchen jetzt erneut höchste Disziplin, vor allen Dingen die gemeinsame Verantwortung. Ich halte es für völlig richtig, wenn betont wird, dass es jetzt nicht um Einzelinteressen gehen darf, sondern das Gesamtinteresse, das Gemeininteresse im Vordergrund stehen muss.

Unser Kollege Jens Spahn hat es einen Charaktertest für unsere Gesellschaft genannt. Ich finde den Ausdruck sehr treffend. Einen zweiten Lockdown müssen wir mit aller Kraft verhindern. Wir wollen keine zweite flächendeckende Schulschließung, auf gar keinen Fall. Ich halte auch nichts von dem Gerede über verlängerte Weihnachtsferien.

Die Kanzlerin hat übrigens gestern gesagt: Was der Gesundheit dient, dient auch der Wirtschaft. – Das trifft es; denn es hängt zusammen. Es geht doch darum, Beschränkungen zu ertragen, um die Freiheit zu erhalten. Wir wollen nicht noch einmal dichtmachen, sondern mit gutem Infektionsschutz die Dinge am Laufen halten.

Das ist es, was jetzt zählt. Dazu dienen auch die Beschlüsse von gestern in den drei Stufen, die der Ministerpräsident eben dargestellt hat, nämlich ein regionales Hotspot-Konzept und mehr Einheitlichkeit, damit Transparenz und vor allen Dingen – das ist wichtig – Vertrauen und Akzeptanz bestehen und erhalten bleiben. Darauf muss es ankommen.

Ich kann jeden verstehen, der mit den Coronamaßnahmen hadert. Wir müssen immer wieder von Neuem über die richtige Balance aus Freiheit und Beschränkungen ringen, auch öffentlich darüber diskutieren. Das gehört zur Demokratie. Der Kampf gegen die Pandemie in ihren verschiedenen Phasen und Wellen ist ein Lernprozess für alle. Das müssen wir zugestehen.

Ich finde, es ist richtig betont worden: Wir sind jetzt nicht im Frühling vor dem Sommer, sondern wir sind im Herbst vor dem Winter. Diese Gefahr war uns bekannt. Es geht um das Gesamtinteresse. In dieser außergewöhnlichen Zeit suchen wir mit großer Verantwortung den besten Weg. In Jeremia heißt es: „Suchet der Stadt Bestes.“ Darum muss es gehen, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Das will ich auch einmal festhalten.

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich Erkenntnisse weiterentwickeln, dass sich Entscheidungen ändern, dass wir auch Regeln nachbessern müssen. Ich glaube, dass die große Mehrheit der Menschen das sehr gut versteht, auch den Sinn. Aktuell halten nur 12 % die Coronamaßnahmen in Deutschland für übertrieben. Zwei Drittel bis teilweise 80 % finden sie genau richtig, so das „Politbarometer“ am letzten Wochenende.

Sie geben den wissenschaftlichen Experten und den gewählten Entscheidern damit das Vertrauen. Dieses Vertrauen macht uns stark. Das Vertrauen ist nicht selbstverständlich. Es will verdient sein, es muss sich rechtfertigen. Deshalb müssen alle Beschränkungen immer maßvoll und verhältnismäßig sein, stimmig, aber auch verständlich. Dass die Leute die Regeln akzeptieren und mittragen, das ist das wertvollste Gut, das ist der wichtigste Faktor überhaupt gegen die Pandemie. Daran muss sich auch das jetzt ständig diskutierte Beherbergungsverbot messen lassen.

Wenn selbst vorsichtige Mediziner die Wirksamkeit bestreiten, wenn eine Autorität wie Hans-Jürgen Papier klare verfassungsrechtliche Zweifel sieht und wenn die Menschen bei gutem Willen mit einer Maßnahme schlicht nicht zurechtkommen, dann halte ich es für

richtig, was der Ministerpräsident für die Regierung heute als neue Verordnung angekündigt hat. Auch das gehört zur Bereitschaft, etwas ändern und lernen zu wollen. Wir unterstützen das, Herr Ministerpräsident.

Wir brauchen in Deutschland einen gemeinsamen koordinierten Rahmen, wie wir gegen das Virus vorgehen wollen. Damit müssen wir gemeinsam unterwegs sein. Sie müssen abgestimmt sein. Die Kriterien müssen klar sein. Jeder muss wissen, was wann und wo gilt. Herr Kollege Stoch, Sie haben es angesprochen: Jawohl, das muss jetzt kommuniziert werden.

Wir sind alle miteinander gefordert – auch wir als Abgeordnete. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger draußen gut informieren, damit die Akzeptanz erhalten bleibt. Das ist wichtig.

Das Konzept der regionalen Reaktion hat sich bewährt. Es macht keinen Sinn und wäre auch nicht verhältnismäßig – das verstehe ich –, wenn Mecklenburg-Vorpommern mit einem Inzidenzwert von neun genauso behandelt werden soll wie Berlin mit einem Wert über 70. Deshalb geht es schon darum – – Gestern hat jemand aus Thüringen gesagt: Wenn in Bayern Hochwasser ist, dann muss man in Thüringen nicht die Gummistiefel anziehen.

Im Grunde genommen geht es um die Regionalität, um die dezentralen Strukturen. Deshalb sind wir alle gemeinsam auf der gleichen Linie, wenn wir sagen: Es ist richtig, dezentrales Geschehen auch dezentral zu verantworten. Wir sollten endlich aufhören, dieses Erfolgsprinzip als Flickenteppich oder Kleinstaaterei zu zerreden. Auch dieser Punkt gehört hier dazu.

Denn es waren die Landkreise vor Ort, die regional reagiert haben. Das soll auch so bleiben. Ich will damit zum Schluss kommen: „Why the Germans Do it Better“, so heißt ein Bestseller, der in Großbritannien gerade für große Debatten sorgt. Deshalb will ich schon festhalten: Der Föderalismus ist unsere Stärke, auch gerade in dieser Stunde der Gefahr. That is really better, Herr Kollege.

Wir tragen die Beschlüsse, die der Ministerpräsident vorgetragen hat, mit. Denn auch wir werden die Zumutungen der Pandemie als echte Verantwortungsgemeinschaft

bewältigen, wenn wir alle zusammenstehen und wenn wir ein solches Regelwerk der  
Verlässlichkeit auch nach außen hin gemeinsam vertreten.